

# DIE MAHNUNG

**HERAUSGEBER: BUND DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES**  
BERLIN E.V.



ZENTRALORGAN DEMOKRATISCHER WIDERSTANDSKÄMPFER UND VERFOLGTEN-ORGANISATIONEN

33. Jahrgang

Berlin, den 1. November 1986

Nr. 11

## 9. November 1938 – 1986 Zeitgemäße Betrachtungen

Von Professor Dr. Herbert A. Strauss

Es ist nun bald ein halbes Jahrhundert her: in einem der bis dahin als mit zur höchsten Zivilisation Europas gerechneten Länder geschah einer der ältesten Frevel der Menschheit. Was im alten Griechenland als Bannmeile und Zuflucht selbst der Schuldigen von den Mächtigen respektiert worden war, wurde von Deutschen in SA-Uniformen geschändet. Augenzeugen und die „Berichte“ der NS-Überwacher (SD) dokumentieren keinen Aufschrei von Gebildeten, Kirchen, Beamten, Militärs. Man bedauerte, daß soviel Schaden angerichtet worden war und soviel Unordnung geduldet wurde. Die Hose war einem näher als der Rock; man hatte sich lange angeglichen. So entstand eine schicksalhafte Verstrickung in gemeinsame Schuld.

Das Verhaltensmuster der Eliten, die Einfluß hätten ausüben können, war fixiert. Nichts bezeugt das deutlicher als die Beziehungen entscheidungsnaher Eliten des Dritten Reichs zu den Nazi-„Führungs“-Spitzen, wie sie aus Dokumenten ersichtlich sind. Von der Kollektivschuld eines Volkes zu sprechen, dem man Gehorsam und Unterordnung unter die „Volksgemeinschaft“ als höchstes ethisches Verhalten eingebleut hatte, ist wenig realistisch. In totalen Staaten bleibt dem Machtfernen meist nur der Rückzug auf die private Sauberkeit. Doch der Teufelskreis verstrickt auch die Anständigen und Sauberen. Ihr Bleiben stützt in tragischer Unausweichlichkeit das Prestige des Regimes, das sie oft zutiefst erkannt und verdammt hatten. Die Schuld lag bei denen, die nicht erkannten, daß die Kongruenz des Erstrebenswerten mit dem Verbrecherischen alles pervertierte, was an guten und erstrebenswerten Werten überliefert worden war.

Das jüdische Volk oder die jüdischen Bürger der Bundesrepublik Deutschland, ob sie sich zu diesem Volke rechnen oder nicht, und die jüdischen Bürger Österreichs haben seit 1945 keine innere Ruhe gefunden. Das mag zum Teil an der Unbewältigbarkeit eines Traumas liegen, das den Betroffenen die Freiheit des selbstbestimmten Handelns versagt. Die Bewältigung der Opferrolle, in die man sich aus Moral, Charakter und wohl auch Interesse gezwungen sieht, ist ebenso schwierig wie die Fähigkeit, durch Information und Wiederholung zum Wirklichkeitsprinzip und zur Annahme geschichtlicher Tatsachen auf seiten der Täter durchzustoßen. Sich selbst mißverstehende Bravura im Kampf gegen die Reste des Gestrigen plant die Strategie im Kampf um die Gegenwart im Namen einer Vergangenheit, für die die Zukunft stillsteht. Der Antisemitismus, der die eigentliche Gefahr darstellt, die eigentliche Scham und Schande der Gegenwart, besteht gewiß auch in dem Fortleben klassischer Formen, wie sie die Geschichte des christlichen – oder

vielleicht des anti-christlichen – Abendlandes seit langem kennt. Es ist richtig, ihn mit aller Deutlichkeit zu bekämpfen und neuen Anfängen zu wehren.

Die neue Front, die es zu eröffnen gilt, ist viel komplexer. Große Teile der Bevölkerung leben, trotz hoher Mitgliedschaft in den Großkirchen und den freien Sek-



ten, in einer nachchristlichen Lebenswelt. Sie tragen Vorstellungen mit sich herum, die noch immer Kultur und Verhalten mit biologischer Herkunft, also mit „Rasse“, ursächlich in Beziehung bringen. Sie sind nicht imstande, die dynamischen Veränderungen als Teil der universalen menschlichen Kultur zu verstehen, durch die Minderheiten ihr Eigenleben bewahren und trotzdem an der Kultur von Mehrheiten teilnehmen. Vorurteil und Antisemitismus sind latent geworden und bleiben gerade in ihrer Latenz unaufgelöst, unanalysiert und damit als versteckte Krankheit nicht in marginalen Minderheitsgruppen von Unverbesserlichen, sondern als Bestandteil der Mehrheitskultur unerreichbar. Der Kampf gegen

diesen Antisemitismus verlangt eine Änderung des Bildes vom Menschen, das die Kultur beherrscht. Er muß an vielen Fronten geführt werden – von Elternhaus und Schule bis zu Kirchen und Verbänden. Er verlangt, daß die als politische und

geistige Führungskräfte Glaubwürdigkeit genießenden oder in Anspruch nehmenden Eliten zu jenen im Grunde einfachen menschlichen und moralischen Selbstverständlichkeiten zurückfinden, die nicht den Resultaten der Meinungsumfragen nachlaufen, sondern die Meinung bilden und führen. Daß Terroristen unschuldige Menschen ermorden, ist leichter einzusehen als die schleichende Schädigung an Leben und Kultur, die latente Vorurteile und Antisemitismus an Minderheit und Mehrheit anrichten.

Wir sind aufgerufen, in beiderseitigem Interesse, im Dornröschenschlaf gegenwärtiger Selbstnarkose die Dornen zu erkennen und zu entschärfen, die die Zukunft in Frage stellen.

### Gedenkveranstaltung am 7. November 1986

Der Bund der Verfolgten des Naziregimes veranstaltet gemeinsam mit dem Bezirksamt Schöneberg am 7. November eine Gedenkfeier um 11 Uhr am Mahnmahl für die ehemalige Synagoge an der Ecke Münchener Straße/Westarpstraße, 1000 Berlin 30. Um rege Teilnahme der Mitglieder wird gebeten.

### Gedenkstunde am Sonntag, dem 9. November 1986,

um 11 Uhr  
im Jüdischen Gemeindehaus,  
Fasanenstraße 79/80, 1000 Berlin 12

### Werden die Lücken der Entschädigung endlich gefüllt?

Der Erscheinungstermin dieser Ausgabe fällt mit dem Datum zusammen, das der Deutsche Bundestag in seiner 225. Sitzung am 26. Juni 1986 auf Empfehlung des Finanzausschusses der Bundesregierung als Frist für einen zu erstattenden Bericht gesetzt hat. Mit der Drucksache 10/5765 wird gefordert, daß die Bundesregierung darlegen möge:

a) im Rahmen einer umfassenden Bestandsaufnahme einen Bericht über alle

bisher erbrachten und noch laufenden Wiedergutmachungsleistungen vorzulegen;

b) mitzuteilen, wie Sinti, Roma und verwandte Gruppen und zwangssterilisierte Personen bei den Wiedergutmachungsleistungen berücksichtigt worden sind bzw. welche Verfolgtengruppen bisher keine oder nur geringe Wiedergutmachungsleistungen erhalten haben;

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Werden die Lücken ...

(Fortsetzung von Seite 1)

c) darüber zu informieren, ob und ggf. in welchem Umfang Personen, die unter dem NS-Regime zu Zwangsarbeiten verpflichtet wurden, Entschädigung gewährt wird oder gewährt werden kann und welche pauschalen Wiedergutmachungsleistungen an ausländische Staaten gezahlt worden sind;

d) darauf hinzuwirken, daß das Schicksal der Sinti, Roma und verwandten Gruppen während der NS-Diktatur erforscht und dargestellt und ihr kulturelles Erbe erhalten und gefördert wird;

e) zu prüfen, wie die Lebenschancen der Sinti und Roma verbessert werden können;

f) sicherzustellen, daß Sondererfassungen der Sinti und Roma bei polizeilichen Informationssystemen und anderen Dateien ausgeschlossen werden.

## MUSEUM

### Haus am Checkpoint Charlie

4 Ausstellungen:

— **DIE MAUER** —  
Vom 13. August bis heute

Maler interpretieren **DIE MAUER**

— **BERLIN** —  
Von der Frontstadt zur  
Brücke Europas

— **VON GANDHI BIS WALESIA** —  
Gewaltfreier Kampf für  
Menschenrechte

Laufend Filmvorführungen  
Cafeteria

Täglich, auch sonntags,  
9.00 bis 22.00 Uhr

Friedrichstraße 44, 1000 Berlin 61  
U-Bahnhof Kochstraße, Bus 29  
Telefon 251 10 31

In der Debatte um die im einzelnen noch detaillierter gefaßte Beschlußempfehlung führte zunächst der Abg. Waltemathe (SPD) aus, daß der Stolz über die Wiedergutmachungsgesetze und -leistungen dadurch getrübt wird, daß bewußt oder unbewußt Opfer des Naziterrors vergessen worden sind. Deshalb könne auch 41 Jahre nach dem Ende des Regimes noch kein Schlußstrich gezogen werden. Vergessene oder bewußt ausgeschlossene Opfer sollen doch noch zu ihrem Recht kommen. Man sei sich interfraktionell darüber einig geworden, dies nach Möglichkeit über eine öffentliche Stiftung zu bewerkstelligen. Es müsse noch in dieser Legislaturperiode des Bundestages gelingen, zu materiellen Lösungen zu kommen, die noch vorhandenes Unrecht oder Ungerechtigkeiten lindern.

Anschließend sprach der Abg. Schulhoff (CDU/CSU). Er erinnerte an das schwere Unrecht, das Sinti, Roma und verwandten Gruppen während der NS-Schreckensherrschaft zugefügt worden sei. Die Bereitschaft zur Versöhnung sei ein schwieriger Weg, der sich eben nicht nur mit finanziellen Hilfen beschreiben lasse. Die Verantwortung für die Gegenwart sei es, die auch dafür steht, was in der Geschichte aus unserer Vergangenheit wird. Sodann zitierte der Redner aus der Ansprache des Bundespräsidenten von Weizsäcker zum 8.5.85:

„Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie läßt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen schließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern

will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren ... Das Vergessenwollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung.“

## Ihre Apotheke

mit homöopath. Offizin

### MOMMSEN-APOTHEKE

Inh.: Dr. Ralf Krowke

Mitglied  
des BVN Tel. 8 83 52 48  
Berlin 12  
Wilmsdorfer Str. 100 Ecke Giesebrechtstr.

Sodann zog er daraus die Schlußfolgerung, daß jeder, der glaube unter diesen Abschnitt der deutschen Geschichte einen Schlußstrich ziehen zu können, aus der Geschichte nichts gelernt habe. Es gelte in vielen Fällen direkt zu helfen und darum bemüht zu sein, auch die Herzen der Betroffenen zu erreichen.

Anschließend trat der Abg. Ströbele (Grüne) an das Rednerpult. In seinen Ausführungen setzte er sich kritisch mit den Beschlußempfehlungen des Finanzausschusses auseinander und stellte fest, daß alle Parteien eiskalt, systematisch und bürokratisch die Verfolgten um ihre berechtigten Ansprüche betrogen hätten. Er bemängelte u.a. die in der Empfehlung gesetzte Frist des 1.11.86 und wies darauf hin, daß man doch schon jetzt wisse, wie ein Bericht der Bundesregierung aussähe und daß in dieser Legislaturperiode, die sich dem Ende zuneige, keine Regelung für die Verfolgten mehr zustande kommen könne. Er bemängelte ferner, daß die weitergehenden Anträge seiner Fraktion zur Wiedergutmachung und für gesetzliche Regelungen zur Zwangsarbeit vom Tisch gewischt worden seien. Er warf den Regierungsparteien vor, mit Zeitverzögerungen darauf zu spekulieren, daß die Betroffenen in wenigen Jahren nicht mehr am Leben wären. Das Protokoll verzeichnet Empörung und Zwischenrufe.

Frau Abg. Dr. Hamm-Brücher (FDP) wies anschließend die Vorwürfe und Unterstellungen des Vorredners zurück und ging dabei davon aus, für alle Fraktionen zu sprechen. Auf eine Zwischenfrage des Abg. Ströbele mußte sie allerdings einräumen, an den vorbereitenden Ausschusssitzungen nicht teilgenommen zu haben und daher auch nicht zu wissen, wie der Verhandlungsablauf dort gewesen sei.

Sie führte sodann weiter aus, daß den ungezählten vergessenen Opfern der Schreckensherrschaft wenigstens ein Stück Genugtuung zuteil werden sollte. Und sie glaubt, daß der vorliegende Antrag eine gute Grundlage für weiter hierfür zu treffende Entscheidungen bieten könne.

Sie übte ferner heftige Kritik an der Handhabung und der Sturheit der Exekutive und nannte als Beispiel einen Brief der Verwaltung an den Rechtsanwalt der Opfer medizinischer Versuche. Sie könne hier nicht anders, als sich dieser bürokratischen Kälte deutscher Bundesbehörden zu schämen.

Eine von den Grünen beantragte frühere Terminsetzung für den Bericht der Bundesregierung als der 1.11. fand im Plenum keine Mehrheit. Es ist nun nur abzuwarten, wie der Bericht der Bundesregierung aussieht und ob der Deutsche Bundestag tatsächlich bis zum Ende dieser Legislaturperiode noch im Stande sein wird, Versäumnisse nachzuholen.

Oder ob der Fraktionssprecher der GRÜNEN recht behält, womit alle Beteuerungen nicht mehr sind, als leeres Stroh zu dreschen.

Wie der Zufall es fügte, hat auch das Abgeordnetenhaus in Berlin sich am 26. Juni d.J. mit der Thematik der Entschädigungslücken für die Opfer des NS-Regimes befaßt. Prof. Dr. Finkenburg (CDU) führte in der Berichterstattung über die Ausschusssitzungen dazu u.a. aus, daß die Vertreter aller Fraktionen tief beeindruckt von den Einzelschicksalen waren,

Der Bund der Verfolgten des Naziregimes Berlin e.V.,  
die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Berlin e.V.  
und die Deutsch-Israelische Gesellschaft - Arbeitsgemeinschaft Berlin

laden zu einer gemeinsamen Veranstaltung

am **Mittwoch, dem 12. November 1986,**

um 18 Uhr ein.

Herr **Jizchak Schwersenz** (Haifa)

wird über das Thema sprechen

## „Das zweite Israel

Zur Problematik der Wiedervereinigung  
westlicher und orientalischer Einwanderer“  
mit anschließender Diskussion.

Die Veranstaltung findet statt im Vortragssaal der  
„Gedenkstätte Deutscher Widerstand“,  
Stauffenbergstraße 11-14 (Eingang über den Ehrenhof, linker Eingang,  
2. Stock), 1000 Berlin 30.

Es besteht die Möglichkeit, vorher die Ausstellung  
„Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ zu besichtigen.

die durch Vertreter der Verfolgtenorganisationen vorgetragen und geschildert worden sind. Die dann vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Empfehlungen, über die wir bereits berichtet haben, enthalten als Schwergewicht einen Appell an den Bundesgesetzgeber, um im Bundestag das in Gang zu bringen, was man in Berlin für notwendig erachtet, damit die bestehenden Lücken geschlossen werden. Dazu gehört auch die Einrichtung eines Fonds in Form einer Stiftung, wie sie nun sowohl im Bund wie auch in Berlin angestrebt wird. Wir haben uns deswegen einer solchen Lösung aufgeschlossen gezeigt, weil es uns die schnellste und unbürokratischste Regelung zu sein scheint, die zu der Hoffnung berechtigt, daß die Betroffenen damit noch erreicht werden. Keinesfalls darf es jedoch nun zu Kompetenzrangeln zwischen dem Bundes- und dem Landesgesetzgeber kommen. Das Abgeordnetenhaus hat den Antrag über die Errichtung eines Härtefonds für die Opfer des Nationalsozialismus einstimmig angenommen. Damit wird der Senat aufgefordert, die Möglichkeit zu schaffen, einen Härtefonds für Personen

einzurichten, die unter dem Nationalsozialismus Unrecht erlitten haben, für das sie nach der geltenden Rechtslage keine Entschädigung oder Versorgung erhalten können und deren Lebensabend nicht ausreichend gesichert ist. Aus dem Fonds sollen sowohl einmalige Zahlungen als auch laufende Leistungen bestritten werden können. Der Senat bestimmt die Höhe des Fonds, die Kriterien der Härtefälle und die Richtlinien für die Gewährung der Leistungen. In seinen grundsätzlichen Entscheidungen steht ihm ein Beirat, bestehend aus fünf Mitgliedern des Abgeordnetenhauses von Berlin und vier Vertretern von Verfolgtenorganisationen, beratend zur Seite.

Außerdem wurde der Senat aufgefordert, bis zum 31.10.86 eine Vorlage zur Änderung des Gesetzes über Anerkennung und Versorgung der politisch, rassisch und religiös Verfolgten (PRV-Gesetz) vorzulegen.

Bei mancher Skepsis dürfte es doch ermutigend sein, daß inzwischen alle politischen Kräfte daran gehen, die Probleme aufzugreifen, die uns seit Jahren beschweren.

Werner Goldberg

## Heinrich Harasin verstorben

Am 6. Oktober 1986 verstarb in Mainz nach längerer Krankheit der Schatzmeister des Zentralverbandes demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen (ZDWV)

### Heinrich Harasin

im Alter von 83 Jahren.

Der BVN Berlin wird seiner Güte und Menschlichkeit stets in Dankbarkeit gedenken. Wir haben einen guten Freund verloren und sprechen seinen Angehörigen unser tiefstes Beileid aus.

Der Vorstand

## Aus der Tagespresse

Der Bundestag hat die versorgungsrechtliche Ungleichbehandlung von Kriegsoffizieren und Verfolgten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft abgeschafft. Das Parlament verabschiedete in zweiter und dritter Lesung eine **Neufassung des Bundessozialhilfegesetzes**. Bislang war die Grundrente von Kriegsoffizieren nicht als Einkommen im Sinne des Sozialhilfegesetzes berücksichtigt worden. Dem entgegengesetzt wurden aber Rentenleistungen als Einkommen berechnet, die an NS-Verfolgte und deren Hinterbliebene aufgrund eines Schadens an Körper und Gesundheit oder eines Schadens an Leben nach dem Bundesentschädigungsgesetz gezahlt wurden.

Im Juli d.J. entwendeten unbekannte Täter am Güterbahnhof Grunewald eine **Gedenktafel** für die jüdischen Bürger Berlins, die von dort aus in die Vernich-

tungslager deportiert worden sind. Die Tafel wurde nicht wiedergefunden. Nach einem Gespräch zwischen dem Regierenden Bürgermeister von Berlin Eberhard Diepgen und dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Dr. Heinz Galinski, und einer Ortsbesichtigung wird die Senatskanzlei die gestohlene Tafel so schnell wie möglich ersetzen. Außerdem haben der Regierende Bürgermeister und Dr. Galinski vereinbart, daß auch am Bahnhof Putzstraße eine Tafel an die von dort ausgegangenen Deportationen erinnern soll.

In einem Gespräch des Staatssekretärs für Kirchenfragen in der DDR Gysi und des Vorsitzenden der West-Berliner Jüdischen Gemeinde, Dr. Galinski, waren sich beide einig gewesen, daß der große **Friedhof Weißensee** in seiner alten Form erhalten werden soll. In den letzten Monaten hatte es Befürchtungen gegeben, daß es im Zusammenhang mit Baumaßnahmen in Weißensee Beeinträchtigungen der Anlage gegeben könnte.

-ld

## Versammlungskalender

Bezirksgruppen Schöneberg (Julius Leber)  
Wilmersdorf (Anne Frank)  
Charlottenburg (Dietrich Bonhoeffer)  
Spandau (Gruppe „Georg Schröder“)  
Zehlendorf/Steglitz, Gruppe Shanghaier

Gruppentreffen am Dienstag, dem 11. November 1986, um 16 Uhr, im Haus der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Fasanenstraße 79/80, 1000 Berlin 12.

## Spendenliste

	DM
Ernst F. Regius	69,--
Rosemarie Hansen	50,--
Aus dem Nachlaß von Margarete Kalitzki	3.000,--
Kurt Kulse	30,--

**Wir danken allen Spendern herzlichst für die uns erwiesene Solidarität und hoffen, daß weitere Kreise diesem Beispiel folgen werden. Trotz wiederholt gestiegener Druck- und Portokosten haben wir seit mehreren Jahren den Bezugspreis für „Die Mahnung“ nicht erhöht und sind deshalb auf Spenden aus unserem Leserkreis angewiesen.**

## Schmarotzer der Demokratie

Fast unbemerkt ist in der Öffentlichkeit die Aussage eines Zeugen im Prozeß gegen den ehemaligen Baustadtrat von Charlottenburg Antes geblieben. Dennoch kommt ihr eine besondere Bedeutung zu, weil sie Hintergründe der Manipulationen mit einträglichen Posten im Gefüge unseres demokratischen Gemeinwesens aufzeigt, wie sie seit längerer Zeit gängige Praxis geworden zu sein scheinen. Allerdings wird nun an einer Stelle offenbar: Nicht ohne schädliche Folgen. Nicht nur für die Beteiligten, nein auch für das Ansehen der demokratischen Parteien und der Demokratie schlechthin. Und das kann uns nicht unberührt lassen.

Gemeint ist jene Aussage, daß der ehemalige Stadtrat und Kreisvorsitzende den Bedarf von Parteispenden mit der Klage darüber begründet hat, daß so viele Parteimitglieder mit ihren Beiträgen im Rückstand seien. Er wolle mittels Spenden diese Lücken schließen.

Nun muß man dazu wissen, daß die Zahl der Mitglieder ein Schlüssel für die Anzahl der Delegierten des Kreisparteitages ist, der die Kandidaten für die Entsendung in öffentliche Ämter benennt. Nichtzahlende Mitglieder bedeuten daher die Gefahr, die Stimmberechtigung zu verlieren. Fehlende oder nicht stimmberechtigte Mitglieder bringen den Verlust von Delegierten und damit die Gefährdung der Aussicht auf eine erfolgreiche Kandidatur. Die Übernahme der Beitragszahlungen bedeutet also die Erhöhung der dem Spender gewogenen Mandate und damit die Entsendung von Delegierten in den Kreisparteitag, die ihm eine öffentliche Position ermöglichen. Es wächst mit einer solchen Beitragszahlung die Chance des Bewerbers, in eine öffentliche politische Verantwortung – sei es als Abgeordneter oder als Stadtrat – berufen zu werden und so eine attraktive Einkommenssituation zu erlangen. Dies könnte schon eigene Investitionen interessant machen. Noch besser und auch billiger ist allerdings der Weg über geworbene Spender, denen man sich dann auch erkenntlich zeigen kann.

## BVN-BERLIN

Sekretariat: Berlin 12, Mommsenstraße 27, I  
Telefon: 3 24 26 32

Geöffnet: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 11.00 – 15.30 Uhr  
Sprechzeiten: **Mittwoch, Freitag:** 11.00 – 13.00 Uhr  
Postgirokonto Nr. 31 34-101 Berlin-West

**Allen unseren lieben Kameradinnen und Kameraden, die im Monat November dieses Jahres ihren Geburtstag feiern dürfen, übermitteln wir auf diesem Wege unsere herzlichsten Grüße. Wir wünschen jedem einzelnen Geburtstagskind, daß es diesen Tag bei körperlicher und geistiger Frische noch recht oft erleben möge.**

Der Vorstand des BVN

## Konzert der 36. Berliner Festwochen 86

Münchener Philharmoniker  
Leitung: **Sergiu Celebidache**  
Werke von Schumann und Mussorgski

Die Münchener Philharmoniker unter der Leitung ihres Chefdirigenten Sergiu Celebidache begannen ihr Konzert im Rahmen der 36. Berliner Festwochen 86 mit einer stilgerechten Wiedergabe der Symphonie Nr. 4 in d-Moll op. 120 von Robert Schumann. Celebidache nahm den lebhaften Teil des ersten Satzes (Ziemlich langsam – Lebhaft) zunächst etwas gemächlich; alle Instrumentengruppen klangen sehr gut. Tonschön spielte der Konzertmeister seine Soli im zweiten

Satz (Romanze). Hervorragend wurde das Scherzo in d-Moll dargeboten, das direkt in den vierten Satz (Langsam – Lebhaft) überleitet und dessen Wiedergabe die Zuhörer beeindruckte.

Die „Bilder einer Ausstellung“ von Modest Mussorgski in der Orchesterbearbeitung von Maurice Ravel, die den zweiten Teil des Programms bildeten, wurden in einer sehr guten Version dargeboten. Von der einleitenden „Promenade“ an, die sich im Verlauf des aus zehn Nummern (Bildern) bestehenden Werks mehrmals z.T. verändert wiederholt, gefiel die Wiedergabe durch die Münchener Philharmoniker sehr; die schönen wohlbekannten Bilderdarstellungen gelangen aufs beste, beginnend mit den „Gnommen“, „Das alte Schloß“, den „Tuilerien“. Sehr gut gefiel die Wiedergabe von „Bydlo“, „Dem Ballett der Küchlein in ihren Eierschalen“ und auch die folgenden Bilder, von denen ich nur die gegensätzliche Darstellung von „Samuel Goldenberg und Schmuyle“ und den grandiosen Abschluß des Werkes „Das große Tor von Kiew“ lobend hervorheben möchte. Langanhaltender Beifall des begeisterten Publikums belohnte Sergiu Celebidache und sein hervorragend spielendes Orchester.

Franz Peiser

## Ausstellungsbesuch

Am Donnerstag, dem  
**27. November 1986,**

findet eine Sonderführung für den BVN Berlin durch die Ausstellung

**„Widerstand gegen den Nationalsozialismus“**

in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstr. 11-14, 1000 Berlin 30, statt. Die Führung beginnt **um 15 Uhr.** Treffpunkt im Ehrenhof vor dem Eingang zur Gedenkstätte. Interessenten, die an der Führung teilnehmen möchten, melden sich bitte ab 3. November im Büro des BVN (Tel. Nr. 326 24 32).

er auslaugt, ohne es jedoch direkt zu töten. Allerdings bedingen seine Ausscheidungen Schädigungen des Wirts und dadurch auch die Hervorrufung von Krankheiten für diesen. Genau das umreißt jedoch die Lage und Situation, in der sich unsere politischen Parteien durch ihre Parasiten befinden. Sie kränkeln. Und sie ziehen weitere Parasiten an, solange nichts geschieht, um sie abzuschütteln. Kein Zweifel, daß das nicht für die Besten unseres Volkes ein Magnet sein kann.

## Nachrichten aus Israel

Am 8. Oktober fand in Jad Vashem, Jerusalem, eine Gedenkfeier statt, auf der der deutsche Botschafter in Israel, Dr. Wilhelm Haas, ein **Gedenkbuch**, das vom Bundesarchiv Koblenz und vom Internationalen Suchdienst in Arolsen zusammengestellt wurde und in welchem ungefähr 127 000 Namen ungewonnener Juden Deutschlands verzeichnet sind, übergeben hat. Die Direktoren des Bundesarchivs Prof. Booms und Dr. Boberach haben diesen Band nach Israel gebracht und nahmen an der Feier teil.

Am 10. Oktober hat der israelische Ministerpräsident Peres seinen Rücktritt als Regierungschef eingereicht und damit seinen **Ämtertausch** mit Außenminister Shamir eingeleitet. Die von Peres geführte Arbeiterpartei und der Likud-Block waren 1984 übereingekommen, gemeinsam zu regieren und nach zwei Jahren den Regierungschef und den Außenminister die Ämter tauschen zu lassen. Das neue Kabinett unter Regierungschef Shamir wurde am 20. Oktober vom Parlament bestätigt. Shamir trat Befürchtungen entgegen, daß sich die israelische Politik nach seinem Amtsantritt als Regierungschef maßgeblich ändern werde. Er kündigte neue Friedensinitiativen an.

Nachdem Israel für drei weitere Städte in der Westbank palästinensische **Bürgermeister** ernannt hat, werden nach Mitteilung des israelischen Militärgouverneurs damit nun alle 25 Städte dieses Gebietes von palästinensischen Bürgermeistern anstatt wie früher von israelischen Offizieren verwaltet.

Israel und **Ungarn** haben sich darauf verständigt, die Möglichkeit für eine Normalisierung ihrer Beziehungen zu erkunden. Israel und Ungarn unterhalten derzeit Kontakte in den Bereichen Kultur, Handel und Tourismus. Es ist noch völlig offen, in welcher Form sie ausgebaut werden könnten.

Israels ehemaliger Premierminister Peres traf am Rande der UNO-Vollversammlung zu einem rund einstündigen Gespräch mit dem **sovietischen Außenminister Schewardnadse** zusammen. Dabei ging es offensichtlich um die Frage der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten, die Moskau 1967 aus Anlaß des Sechs-Tage-Krieges abgebrochen hatte.

Zwischen Israel und **China** bahnen sich politische Kontakte an. Der Büroleiter des israelischen Ministerpräsidenten, Tamir, hatte sich in Paris mit Vertretern Chinas getroffen.

**Ägypten** ist in Israel wieder durch einen Botschafter vertreten. Der bisherige Geschäftsträger der ägyptischen Vertretung in Israel hat dem israelischen Staatspräsidenten Herzog in Jerusalem sein Beglaubigungsschreiben überreicht. **Rf**

**Rechtsberatung nach telefonischer Vereinbarung (Telefon 3 24 26 32).**

Aber Verlockung bleibt es doch. Zumal dann, wenn es sich als systemimmanent herausstellen sollte.

Aus diesem Teufelskreis gilt es herauszukommen! Ist das erst einmal erkannt, so werden sich auch Mittel und Wege dazu finden lassen. Es ist spät, aber nicht zu spät!  
**W.G.**

## Literarische Neuerscheinungen


### Götz Friedrich: „Musiktheater, Ansichten, Einsichten“

Der im Propyläenverlag erschienene, vom Generalintendanten der Deutschen Oper Berlin, Prof. Götz Friedrich, verfaßte Band „Musiktheater, Ansichten, Einsichten“ wurde am Sonntag, dem 14. September, im Parkettfoyer der Deutschen Oper Berlin den anwesenden Journalisten vorgestellt. Da die Persönlichkeit aus Stuttgart, die über das Buch berichten sollte, wegen des Ausfalls eines Flugzeugs nicht rechtzeitig in Berlin eintreffen konnte, begrüßte Prof. Götz Friedrich die Anwesenden selbst. Er sagte, daß er immer gern geschrieben habe. Im Vorwort führte der Autor u.a. aus, daß in diesem Buch erstmals eine Sammlung von Aufsätzen und Vorträgen vorgelegt würde, die bis ins Jahr 1957 zurückgingen. Er sagte in der Vorstellung des Buches, daß sein eigentliches Arbeitsfeld die Bühne sei.

Das Buch enthält eine Reihe von Schriften wie „Das Singen auf der Bühne“, „Die Handlung als Kriterium“, „Sieben Forderungen an den Regisseur“, „Zeit der Oper (Musiktheater in Berlin, Musiktheater für Berlin)“ und andere mehr. Es folgen dann Analysen und Regiekonzepte über Opern von Monteverdi bis Berio – die Geschichte der Regie. Der Verfasser schreibt über Werke von Händel, Mozart, über „Fidelio“, den „Freischütz“, Opern

von Berlioz, die Bühnenwerke von Wagner und Verdi, aber auch über „Orpheus in der Unterwelt“ von Offenbach, „Eugen Onegin“ von Tschaikowsky. Die folgenden Kapitel behandeln nacheinander „Carmen“ von Bizet, Opern von Richard Strauss, Werke von Puccini, Massenet, Janáček, Bartók, Schönberg, „Porgy und Bess“ und schließlich Schöpfungen von Matthus, Kelterborn, Sinopoli und Berio. Das nächste Kapitel ist Interviews mit Imre Fabian gewidmet, und abschließend erscheinen Nachrufe auf Walter Felsenstein, Günter Rennert und Oscar Fritz Schuh.

Das Buch stellt das Protokoll einer dreißigjährigen Arbeit dar; es soll nicht direkt ein Buch über die Deutsche Oper sein. Prof. Friedrich dankte dem Verlag Ullstein-Propyläen recht herzlich, daß er dieses Buch herausgegeben habe. – Im Vorwort sprach er u.a. noch allen Kollegen, Sängern, Dirigenten, Dramaturgen, Bühnen- und Kostümbildnern und den vier Sekretärinnen, die ihm 35 Jahre lang seine Gedanken zu Papier brachten, seinen Dank aus. Biographisches in Stichworten beendet dieses hochinteressante, lesenswerte Werk, das seiner Frau Karan gewidmet ist. – 392 Seiten, 1986 erschienen, 58,- DM. F.P.

 ...fordern Sie telefonisch unseren Prospekt  
**...preiswert in alle Theater-  
mit der Freien Volksbühne e.V.**  
Ruhrstr. 6 · 1 Berlin 31 · Tel. 861 1160

Georg Hermann

### Spaziergang in Potsdam

Hsg. von Dr. Bernhard Kaufhold  
Kupfergraben Verlagsgesellschaft  
Berlin 1986

161 Seiten mit Abbildungen; DM 24,80

Dieser Neuausgabe des Werkes von Georg Hermann liegt der Text der im Jahre 1929 im Rembrandt-Verlag (Berlin) erschienenen Auflage zugrunde. Der Verfasser, als Georg Hermann Borchardt 1871 in Berlin geboren und nach seiner Emigration 1933 zehn Jahre später in Holland verhaftet und nach Auschwitz deportiert und ermordet, wurde vor allem durch seine Romane „Jettchen Gebert“ (1906) und „Henriette Jacoby“ (1908) berühmt.

Aufgrund von kunstgeschichtlichen Studien befaßte er sich aber auch mit Themen der Kunstbetrachtung und der Kulturgeschichte, von denen dieses reizvolle Buch über die vergangene Epoche einer Stadt ein beredtes Beispiel gibt. Mit seinem „Spaziergang“ hat Georg Hermann ein literarisches Denkmal von Potsdam

geschaffen, das ein Abbild der Stadt vor ihrer Zerstörung im Zweiten Weltkrieg vermittelt. Historische Ereignisse und kulturgeschichtliche Interpretationen, architektonische und kunstgeschichtliche Erläuterungen sowie geographische Beschreibungen bilden das Gerüst für eine sehr individuell geprägte Zeichnung von Potsdam und seinen Bewohnern. Mit viel Liebe und Verständnis für die Entwicklung und Atmosphäre dieser Stadt hält der Verfasser bestimmte interessante Punkte fest, um an ihnen das Bild von Potsdam nachzuzeichnen. Geprägt vom Kunstgeschmack Friedrichs II., weist das Stadtbild dennoch die Stilformen auf, die ihm durch die verschiedenen Architekten aufgesetzt worden sind. Persönliche Eindrücke und anekdotenhafte Ausmalungen bereichern dieses historisch wertvolle Zeugnis, das durch seine sprachliche Form, seine stilistische Anmut einen wahren Genuß für den Leser darstellt.

Die Abbildungen, zumeist nach alten Gemälden, bilden eine Bereicherung des Textes, der von einem Straßenverzeichnis und Anmerkungen ergänzt wird.

Waltraud Rehfeld

## Galakonzert in der Deutschen Oper Berlin aus Anlaß des 25. Jahrestages der Eröffnung des neuerbauten Opernhauses

Elegant gekleidetes Publikum war ein würdiger Rahmen für dieses einmalige Musikereignis. Nach der Einleitung des Gala-Abends durch „Wach' auf, es nahet gen den Tag“ aus den „Meistersingern“ durch den Chor der Deutschen Oper ergriff der Generalintendant Götz Friedrich das Wort, um die Anwesenden zu begrüßen, insbesondere seine Vorgänger: Seefehlner, Sellner und Palm sowie den früheren G.M.D. Maazel. Die Reihe der Gesänge von Wagner eröffnete René Kollo mit dem Gebet des Rienzi, es folgte Catarina Ligendza mit „Traft ihr das Schiff im Meere an“, der Ballade der Senta, vom Damenchor begleitet. Hans Beirer sang das Schmiedelied aus „Siegfried“, es folgte Andreas Schmidt mit „O du mein holder Abendstern“ aus „Tannhäuser“. Anschließend sang Kenneth Riegel, gemeinsam mit Bengt-Ola Magnusson und dem Opernchor, das „Lied vom Kleinzack“ aus „Hoffmanns Erzählungen“ von Offenbach. Eva Evdokimova tanzte anschließend mit Solisten und dem Ensemble das Divertissement aus „La Sylphide“. Es folgten ein Duett aus „Die tote Stadt“ von Korngold, gesungen von Karan Armstrong und Siegfried Jerusalem, eine Arie aus „Die verkaufte Braut“ (Lucia Popp) sowie ein Duett aus „Die Frau ohne Schatten“, gesungen von Janis Martin und Gerd Feldhoff. Der erste Teil des Gala-Abends, der unter der musikalischen Leitung von Heinrich Hollreiser stand, schloß mit dem Terzett Feldmarschallin/Octavian/Sophie (Gundula Janowitz, Ute Walthers, Carol Malone) aus dem „Rosenkavalier“ ab.

Den zweiten Teil leitete Jesus Lopez Cobos; er begann mit der Sensation des

durch alle Mitwirkenden vorzüglich gelungenen Gala-Abends: dem Auftreten von Luciano Pavarotti; er sang die Romanze „Cielo e mar“ aus Ponchiellis „La Gioconda“; er wurde mit Beifallsstürmen empfangen und nach seinem herrlichen Gesang mit hervortretenden Ovationen und Nertovenden bedacht. Es folgte ein Finale aus „Figaros Hochzeit“, ein Oktett; Peter Seiffert sang die „Bildnisarie“ des Tamino aus der „Zauberflöte“; es folgte die „Hallenarie“ aus derselben Mozartoper, gesungen von Martti Talvela. Anschließend sang Sherrill Milnes eine Arie des Jago aus „Othello“ von Verdi. Ihm folgten Lucia Aliberti mit einer Arie aus Donizettis „Lucia di Lammermoor“ und Renato Bruson mit einer Arie aus „Rigoletto“. Dann spielte das Orchester der Deutschen Oper Berlin das Intermezzo des 3. Aktes aus Puccinis „Manon Lescaut“, an das sich eine Arie der Manon, gesungen von Mara Zampieri, anschloß. Giorgio Lamberti und George Fortune sangen das berühmte Duett aus „Die Macht des Schicksals“, an das sich die Arie „Pace, pace“ aus derselben Oper Verdi, gesungen von Montserrat Caballé, anschloß. Es folgte Ingvar Wixell mit dem Monolog des „Falstaff“ von Verdi, an den sich die Schlußfuge der gleichnamigen Oper, gesungen von zehn Solisten und dem Chor der Deutschen Oper, als Abschluß dieses einzigartigen, unvergeßlichen Operkonzerts anschloß.

Wir konnten nicht alle mitwirkenden Künstler einzeln belobigen; alle trugen durch ihren hervorragenden Gesang zum Gelingen des großartigen Gala-Abends in der Deutschen Oper Berlin bei.

Franz Peiser

## Vom Fink zum Star!

Ulf Fink, Senator für Gesundheit und Soziales in Berlin, mausert sich zu einem Star! Denn er beweist, daß er eine übernommene politische Verantwortung ernst nimmt. Das ist einer Erwähnung schon deshalb wert, weil es heute nicht mehr so selbstverständlich geworden ist, wie der Bürger es eigentlich erwarten kann. Worum geht es?

Ein von den Nationalsozialisten Verfolgter und Vertriebener kehrt nach Jahrzehnten in seine Heimatstadt Berlin zurück. Er bekam eine Entschädigungsrente, die ihm jedoch keinen Krankenschutz gewährt. Alle einschl. Bemühungen bei verschiedensten Ämtern, so beim Ent-

Ein Kommentar erübrigt sich; ein Danke ist fast zu wenig für diese Entscheidung, die den Menschen über bürokratische Erwägungen stellte. Es bedarf also nicht zeitraubender Änderung von Bestimmungen, um Notwendiges möglich zu machen. Ein Wille kann auch den Weg weisen!  
W.G.

## Veranstaltung

der Deutsch-Israelischen  
Gesellschaft – AG Berlin  
am Sonntag, dem 16. November 1986,  
um 16 Uhr,  
im „Prälat Schöneberg“,  
Hauptstr.122-124, Berlin 62.  
Es musizieren Schüler des  
Freiherr-vom-Stein-Gymnasiums  
(Berlin-Spandau).  
Eintritt frei

## Goldfinger

bietet **Großauswahl**  
in Uhren, Goldschmuck,  
Juwelen, Zuchtperlen  
Brillantringe ab 100,- DM  
**Ankauf – Verkauf**  
Interessante Gelegenheiten  
aus Privatbesitz

**Sonderrabatt für Mitglieder des BVN  
und PRV**  
Joachimstaler Straße 39, Tel. 8 83 86 49

schädigungsamt, bei der AOK-Berlin, beim Sozialamt u.a., blieben Monate lang ohne jedes Ergebnis. Schließlich schrieb die Vorsitzende der evangelischen Hilfsstelle für Rasseverfolgte, Frau Margarete Grüber, einen Brief an den Senator für Gesundheit und Soziales Ulf Fink. Innerhalb kürzester Frist kam die Antwort des Senators, daß er sich auf das Schreiben hin die Akten angesehen und entschieden habe, daß der heimgekehrte Verfolgte die AOK-Krankenversicherung in Anspruch nehmen kann, sofern dafür ein Bedarf entstehen sollte. Er ist also krankenversichert!

## Voranzeige

## BVN Berlin

### Bunter Nachmittag: „Einmal im Jahr“ am Sonntag, dem 7. Dezember 1986

Im großen Saal der Jüdischen Gemeinde in der Fasanenstraße 79/80  
Karten im Vorverkauf in der Geschäftsstelle des BVN, Mommsenstraße 27,  
bzw. bei der Jüdischen Gemeinde, Fasanenstraße 79/80, ab 15. November  
(Preis: 6,- DM) und an der Abendkasse.

Einlaß: 15 Uhr

Der Vorstand des BVN Berlin

Beginn: 16 Uhr

## DIE MAHNUNG

Herausgeber und Verleger: BVN BERLIN e.V. Werner Goldberg, Franz Peiser, Dr. Waltraud Rehfeld, Werner A. Zehden, Mommsenstr. 27, 1000 Berlin 12, Telefon: 3 24 26 32, Bankkonto: Berliner Volksbank West, Filiale Charlottenburg, Kto.-Nr. 14 022 198 sowie Postscheckkonto Berlin West Nr. 31 34-101. Redaktion: Dr. Waltraud Rehfeld und Franz Peiser, Berlin; Druck: Druck- und Verlagsgesellschaft Rudolf Otto mbH, Waldstraße 9-11, 1000 Berlin 51.

Mit dem Bezug unseres Zentralorgans ist keine Mitgliedschaft in den angeschlossenen Verbänden verbunden. Alle Nachrichten werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Die mit dem Namen des Verfassers gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für den Inhalt der Leserbriefe übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Abonnementspreis DM 6,- pro Quartal, zuzüglich postal. Zustellgebühr. – Anzeigenannahme: BVN BERLIN, Mommsenstraße 27, 1000 Berlin 12, Telefon: 3 24 26 32. Psch.-Konto Berlin West Nr. 22 95-100 (nur für Anzeigen).